

Heribert Weiland

## Mehr Bildung für alle!

### Die BMZ Bildungsstrategie 2010–2013 – ein Neuanfang für die Bildungszusammenarbeit mit Entwicklungsländern?

#### Zusammenfassung:

Vor dem Erfahrungshorizont der bisherigen Bildungszusammenarbeit (BZ) unternimmt der Autor eine kritische Würdigung des neuen Strategiepapiers des BMZ. Positiv hervorgehoben werden die Neuorientierungen, die den Stellenwert der BZ erhöhen, z.B. die Betonung des ganzheitlichen Ansatzes, oder die Suche nach innovativen Konzepten in der BZ. Zugleich werden einige Zweifel an einer zeitnahen Umsetzbarkeit der ambitionösen Konzeption artikuliert.

**Schlüsselworte:** *ganzheitlicher Bildungsansatz, Bildungsqualität, Bildung in Konfliktregionen*

#### Abstract:

With regard to the experiences of German educational cooperation over time the author undertakes a critical assessment of the new educational strategy paper of the German Ministry of Economic Cooperation and Development. He underlines the forward-looking orientation of the document which enhances the importance and significance of educational cooperation by particularly referring to a holistic approach of education, and the quest for innovative concepts. At the same time, some doubts are raised about the feasibility of this ambitious programme within a reasonable period of time.

**Keywords:** *holistic educational approach, quality of education, education in conflict regions*

Nach einer Zeit bildungspolitischer Zurückhaltung hat Entwicklungsminister Dirk Niebel am 1. März 2011 auf einer internationalen Konferenz zum Thema „Mehr Bildung, Mehr Wachstum. Mehr Gerechtigkeit“ den Entwurf einer neuen entwicklungspolitischen Bildungsstrategie 2010–2013 vorgestellt. Mit einem Katalog von zehn dezidierten Programmzielen werden zentrale bildungspolitische Herausforderungen formuliert, die durch eine äußerst ambitionierte Politik angegangen werden sollen. Die bislang noch als „Entwurf“ gekennzeichnete Strategie: „Zehn Ziele für Bildung: BMZ Bildungsstrategie 2010–2013“ lässt mit einem Blick erkennen, dass bildungspolitischen Maßnahmen in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) ein deutlich höherer Stellenwert eingeräumt werden soll als bisher, dass die Förderschwerpunkte der Bildungszusammenarbeit (BZ) ausgedehnt werden und die für Bildung bereitgestellten Mittel steigen werden. Damit wird dem Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Regierung vom 24. Oktober 2009

entsprochen, der Bildung und Ausbildung als einen Schlüsselsektor der Entwicklungszusammenarbeit benennt. Die Vorlage eines Strategiepapiers hat auch deswegen einen hohen Stellenwert, weil der fast gleichzeitig vorgelegte UNESCO-Bericht 2011 ein international abnehmendes Interesse an Bildung auf der entwicklungspolitischen Agenda beklagt (UNESCO 2011).

Die vorgelegte Bildungsstrategie ist eine politische Zielvorgabe und trägt Programmcharakter. Eine Bestandsaufnahme der bildungspolitischen Situation in den Entwicklungsländern und eine Bilanz der deutschen Bildungszusammenarbeit werden nur marginal vorgenommen. Eine Bewertung der bisherigen entwicklungspolitischen Leistungen der noch relativ jungen Regierung kann somit hier noch nicht vorgenommen werden. Dennoch ist es aufschlussreich, den vorgestellten, umfassenden bildungspolitischen Zielkatalog und die damit verbundenen entwicklungspolitischen Neuorientierungen vor dem Hintergrund der bisherigen deutschen Bildungszusammenarbeit zu betrachten.<sup>1</sup>

#### Internationaler Stellenwert der deutschen Bildungszusammenarbeit

Die Bildungszusammenarbeit der Bundesrepublik hat über Jahre hinweg einen hohen Stellenwert eingenommen. Auch wenn das deutsche Bildungswesen in der Pisa-Bewertung anfänglich nicht gut abgeschnitten hat, so hat die deutsche Bildungszusammenarbeit international dennoch einen guten Namen erlangt. Als besonders attraktives Exportprodukt der deutschen Ausbildungspalette galt über Jahrzehnte das duale Berufsbildungssystem, das allerdings, um auch in Entwicklungsländern gut angenommen zu werden, eine ausreichende Zahl von privaten Ausbildungsbetrieben voraussetzte. Aber auch in den anderen Bildungsbereichen hat es viele Programme und Projekte gegeben, die vor allem wegen ihrer gründlichen Planung und Begleitung zu einem Markenzeichen deutscher EZ geworden sind. Als pädagogisch besonders beachtenswert galten die Pilotprojekte zur muttersprachlichen Erziehung, die allerdings in jüngerer Zeit wieder zurückgefahren wurden.

Im letzten Jahrzehnt hat die deutsche BZ jedoch an Rang und Bedeutung verloren. Im Rahmen der Neustrukturierung der deutschen EZ, die in Abstimmung mit den anderen westlichen Geberstaaten erfolgte und in der Paris-Deklaration sichtbar ratifiziert wurde, hat die deutsche BZ im Spektrum entwicklungspolitischer Förderinstrumente zugunsten anderer Schwerpunktbereiche wie Wasser, Good Governance oder Wirtschaftsförderung an Relevanz eingebüßt.

Eingeleitet wurde die neue Schwerpunktsetzung der deutschen EZ durch die im September 2000 verabschiedete Millenniums-Deklaration der UN und durch das Aktionsprogramm 2015, mit der die Armutsbekämpfung zur Kernaufgabe der Entwicklungspolitik erklärt wurde. Diese – hier nicht kritisierte – Neuorientierung führte für die deutsche BZ in doppelter Hinsicht zu tiefgreifenden Veränderungen. Zum einen wurde die Grundbildung zu einem eigenständigen Schwerpunkt erklärt und dadurch die Sicht für eine einheitliche Konzeption der verschiedenen Bereiche von Bildungs- und Wissenschaftszusammenarbeit weitgehend verstellt. Zum anderen fühlte sich die Bundesregierung durch die internationale Diskussion um mehr Effizienz und Effektivität in der EZ herausgefordert, sich stärker multilateral zu engagieren. Die Paris-Deklaration, die durch die Stichworte Ownership, Geberharmonisierung und Alignment gekennzeichnet ist, führte zu tiefgreifenden Verfahrensänderungen, zu mehr Koordination und zu Vereinheitlichungsprozessen. Entsprechend sollten Einzelprojekte zu Programmen zusammengefasst und die Zahl der Geber pro Land und Sektor verringert werden. Für die deutsche BZ führte diese neue EZ-Architektur über die Zeit zu einer Halbierung von Einzelprojekten der bilateralen Zusammenarbeit, zugleich aber auch zu einem verstärkten Engagement durch Finanzierungsbeiträge in multilaterale Bildungsvorhaben. Im Rahmen der Gemeinschaftsfinanzierung für Grundbildungsvorhaben wird der deutsche Beitrag nur noch in acht Ländern sichtbar, in denen die Bundesrepublik die Durchführungverantwortung für die international vereinbarte BZ in enger Zusammenarbeit mit den nationalen Behörden trägt (Afghanistan, Guatemala, Guinea, Honduras, Jemen, Malawi, Mosambik, Pakistan). Andere Geberstaaten, haben sich dagegen in internationaler Absprache stärker im Bildungsbereich engagiert. Ein Blick auf die konkrete Arbeit an der Basis zeigt sehr deutlich, dass ein langfristiger Erfolg der BZ weniger durch die Höhe der finanziellen Zuschüsse bestimmt wird, als vielmehr durch eine nachhaltige, qualitativ gute Kapazitätsentwicklung vor Ort, die wiederum durch langjährige bilaterale technische und finanzielle Zusammenarbeit sichergestellt wird. Hier liegt ein komparativer Vorteil der deutschen BZ im internationalen Vergleich, der nicht aufgegeben werden sollte (Weiland 2009, S. 449).

### **Neue Perspektiven und alte Verpflichtungen**

Mit der Vorlage der neuen Bildungsstrategie bemüht sich das BMZ offensichtlich, verlorenes Terrain zurückzugewinnen. Bildung wird als entwicklungspolitisches Instrument aus dem Abseits ins Zentrum zurückgeholt und in seiner Bedeutung für Entwicklung für unabdingbar und prioritär bezeichnet: „Die Rolle, die Bildung für Entwicklung spielt, ist nicht hoch genug einzuschätzen“ (BMZ 2011, S. 1). Damit wird der Bildungsförderung zweifellos ein Schub versetzt, der sich einerseits in einer Erhöhung der Mittel, andererseits in einer Strukturverschiebung der Aktivitäten äußern wird. Die exakten Konturen der Neuorientierung sind noch nicht erkennbar, da in beinahe allen Subsektoren der BZ Veränderungen angekündigt werden. Mit Sicherheit lässt sich schon jetzt sagen, dass die bilateralen Fördermaßnahmen, verbunden mit einer höheren Signifikanz der deutschen BZ, einen größeren Stellenwert erhalten werden.

Bei allen Hinweisen auf mehr Bilateralismus, die deutliche Bezugnahme auf die Millenniumsentwicklungsziele, aber

ebenso auf die UNESCO-Vereinbarungen „Education for all“ (EFA) und die EFA-Fast Track Initiative (EFA-FTI), lässt erkennen, dass die Regierung an den internationalen Verpflichtungen nicht rüttelt, z.B. an den Zahlungen in den sog. Catalytic Fund. Zugleich wird in dem Strategiepapier darauf hingewiesen, dass „Deutschland eine Schlüsselrolle bei der Reform der multilateralen Initiative ‚Bildung für Alle‘ (EFA) einnehme“ (BMZ 2011, S. 6), zugleich aber „weiterhin Mittel für die Gestaltung und Umsetzung verbesserter nationaler Bildungsstrategien zur Verfügung stellen“ (ebd.) wird. Hier deutet sich die Kehrtwende in Richtung auf mehr bilaterale Programme an. Die Botschaft ist unmissverständlich: „Wir wollen die Anzahl der Partnerländer mit Schwerpunkt Bildung deutlich steigern und regionale Bildungsprogramme stärken“ (BMZ 2011, S. 4). Multilaterale Bildungsvorhaben werden in dem Strategiepapier nicht mehr angesprochen, obwohl die deutsche Unterstützung der international festgelegten Bildungsziele von Jomtien und Dakar nicht infrage gestellt werden. Wichtig scheint nur, dass der deutsche Beitrag zur internationalen Bildungsinitiative „Bildung für Alle“ national wie international sichtbar gemacht wird. Dies entspricht der generellen Linie des BMZ unter neuer Führung, die den deutschen Beitrag der EZ wieder „sichtbarer, bürgernäher und verständlicher“ (BMZ 2011, S. 9) machen will.

### **Ganzheitlicher Bildungsansatz**

Ein neuer Akzent wird in der Strategie sicherlich bezüglich des ganzheitlichen Bildungsansatzes gesetzt. Auch wenn, wie die jüngsten Zahlen zeigen, sich an der vorrangigen Förderung der Grundbildung, die fast 50 % der Regierungszusagen, vor allem an Niedrigeinkommensländern ausmacht, nichts ändert – die Auszahlungen sind zwischen 2007 und 2009 sogar von 62 Mio. auf 106 Mio. Euro gestiegen und sollen weiter steigen<sup>2</sup> – so fällt doch die Betonung der anderen Bildungsbereiche ins Auge. Dies ist in den Länderberichten der Weltbank (Education Country Status Reports), von Bildungsexperten (Adelmann, Hampel, Weiland 2008) und jüngst auch von der UNESCO in ihren Weltbildungsberichten wiederholt gefordert worden. So sollten neben der Grundbildung auch Fördermaßnahmen für andere Bildungsbereiche nicht vernachlässigt werden, um dem Bildungs- und Fortbildungsbedarf in mittel- und längerfristiger Perspektive gerecht werden zu können. Gesamtgesellschaftliche Bildungskonzeptionen sind über den Grundbildungsbedarf hinaus notwendig, um Planungen zum Vorschul-, Sekundar- und Hochschulbereich zu ergänzen.

Auffällig ist, dass die Sekundarbildung, der in dem Papier eine wichtige Brückenfunktion zwischen Grundbildung und Berufs- und Hochschulbildung zugebilligt wird, bisher fast völlig vernachlässigt wurde. In der Bildungsstatistik von 2009 ist der Sekundarschulbereich lediglich mit Auszahlungen von 5 Mio. Euro belegt, die zudem weitgehend über private Träger und Kirchen ausgezahlt werden. Hier dürfte sich sicherlich eine spürbare Kehrtwende anbahnen, denn nach den massiven Steigerungen im Grundbildungsbereich steigt auch der Bedarf für Sekundarschulbildung rapide an. Dies gilt auch für die Verschiebung der sozialen Strukturprobleme vom Primar- in den Sekundarschulbereich: Die Benachteiligung der Mädchen zeigt sich im Bereich der Sekundarbildung deutlicher als im Primarschulbereich.

Der beruflichen Bildung als deutsches Exportprodukt kam immer ein besonderer Stellenwert zu. Allen Kurskorrekturen

zum Trotz ist dieser Bereich hinsichtlich seiner Größe (ca. 70 Mio. Euro) und seiner Verbreitung (Projekte in ca. 80 Ländern) relativ stabil geblieben. Es verwundert nicht, dass der Berufsbildung von der schwarz-gelben Regierung ein besonderer Stellenwert zugemessen wird. Denn wenn in der neuen Bildungsstrategie die Kooperation mit der Privatwirtschaft als eigenständiges Ziel genannt wird, so dürften die von Investoren und Privatunternehmern dringend benötigten lokalen Fach- und Führungskräfte nicht zuletzt aus derartigen Berufsbildungseinrichtungen rekrutiert werden bzw. weitere duale Ausbildungsmaßnahmen im Rahmen von Public Private Partnerships (PPPs) initiiert werden. Hier werden neue bildungspolitische Beiträge von der Privatwirtschaft erwartet. Ob und inwieweit sich die Privatwirtschaft hier zusätzlich engagiert – viele oft in die Firmen integrierte Ausbildungseinrichtungen gibt es ja bereits – bleibt abzuwarten. Aufschluss soll nicht zuletzt ein 2013 geplanter Bildungsgipfel mit der Privatwirtschaft ergeben.

Interessant ist schließlich die explizite Einbindung der Hochschulbildung und Wissenschaft in die Bildungsstrategie. Aus der Perspektive eines ganzheitlichen Bildungskonzeptes „Lebenslanges Lernen“ ist die Einbindung der Hochschulbildung unbedingt zu begrüßen, denn im Blick auf den Partnerschaftsgedanken sind gerade die Hochschulabgänger „entscheidende Change-Agents in den Entwicklungsprozessen“ (BMZ 2011, S. 6). Durch „passgenaue Konzepte für die unterschiedlichen Bedürfnisse“ und „praxisbezogene Hochschulpartnerschaften“ soll Wissenschaft sowohl auf dem akademischen Bereich wie auch zwischen Hochschulen und Unternehmen aus Deutschland und den Partnerländern gefördert werden. Konkret soll in Zusammenarbeit mit der Afrikanischen Union eine Pan African University (PAU) etabliert werden – ein Vorhaben, das seit 2009 betrieben wird, an fünf Standorten umgesetzt und von der Bundesrepublik Deutschland insbesondere für den Fachbereich „Wasser, Energie, Klima“ in Nordafrika betreut werden soll.

Angesichts der starken Betonung des Hochschulbereichs sei angemerkt, dass dieser beim Ausweis der ODA-Mittel für Bildung von insgesamt 1,23 Mrd. Euro (2009) den größten Anteil ausmacht (858 Mio. Euro). Dies liegt an den Studienplatzkosten für Studierende aus Entwicklungsländern, die in Höhe von 662 Mio. Euro von den Bundesländern getragen werden. Damit werden die Bildungsausgaben Deutschlands in der ODA-Statistik erheblich aufbläht. Doch selbst wenn dies aus den entwicklungspolitischen Leistungen heraus gerechnet wird, bleiben noch fast 200 Mio. Euro für die Hochschulbildung, von denen wiederum ca. die Hälfte vom Auswärtigen Amt und anderen Ressorts finanziert werden.

So wichtig die Betonung eines ganzheitlichen Konzeptes ist, so sehr lässt das bisherige Zahlengerüst erkennen, dass die Mittel und Schwerpunkte in der Vergangenheit sehr einseitig verteilt waren. Hier sollten in einem Strategiepapier geplante Veränderungen deutlicher sichtbar werden: Wie sollen in Zukunft die unterschiedlichen Sektoren besser verknüpft und pädagogisch integriert werden? Wie sehen die bildungspolitischen Vorstellungen insbesondere für die Niedrigeinkommensländer in Afrika aus; für diese Region verspricht das Papier „die Entwicklungsbeiträge für Afrika für Bildung bis 2013 zu verdoppeln“ (BMZ 2011, S. 4).

### **Quantität und Qualität**

Hervorzuheben ist, dass die neue Strategie den qualitativen Aspekten der Bildungsförderung einen größeren Stellenwert zu-

ordnen will. Bei den EFA-FTI Diskussionen zur Behebung des weltweiten Bildungsnotstandes stehen die quantitativen Aspekte (EFA-Ziele 2 und 3) des Schulzugangs (Scholarisationsquoten, Anteil der eingeschulten Mädchen etc.) noch immer im Vordergrund. Die qualitativen Ergebnisse (EFA-Ziel 6) der Bildung im Sinne der durch Bildungsmaßnahmen erzielten Wirkungen sind dagegen tendenziell vernachlässigt worden. Allen neueren Untersuchungen zufolge ist trotz steigender Einschulungsraten die mangelnde Qualität der Lernergebnisse alarmierend. Die Quote der Schulabbrecher liegt bei fast 50 % der Eingeschulten und von denen, die die Primarschule zuende führen, verlassen weitere 30 % die Schule ohne Abschlussexamen. Vor allem die Schulleistungen in Rechnen und Lesen sind niedrig (UNESCO 2011, S. 6). Das Qualitätsproblem wurde angesichts vorrangiger quantitativer Forderungen unterschätzt und wird erst seit Neuerem wirklich ernst genommen und international diskutiert. Allerdings sind die wesentlichen Ursachen für den mangelnden Lernerfolg bislang nur unzureichend erforscht. Umso wichtiger ist es, dass das Strategiepapier qualitative Aspekte betont. Dazu gehören vor allem Fragen der Lehrerbildung, der Curriculum-Entwicklung, des Monitorings etc. Dies erfordert in der Mehrzahl der Länder kompetente Beratung durch TZ-Agenturen, die sich in der Vergangenheit sehr bewährt haben und auch weiterhin ihr Know-how in längerfristigen Einsätzen für capacity development zur Verfügung stellen sollten.

### **Bildung in Konfliktregionen und Ländern mit fragiler Staatlichkeit**

Die vom BMZ vorgelegte Bildungsstrategie geht programmatisch und lösungsorientiert vor. Mit den zehn Zielen wird eine selbstbewusste und optimistische Zukunftsvision und ein Ausblick auf mehr und auf bessere Bildung verkündet. Allerdings hätte ein solches Programmpapier noch gewinnbringender sein können, wenn auch auf Hindernisse und Probleme hingewiesen worden wäre. Denn so wichtig und richtig es ist, Bildung als einen Schlüsselbereich für nachhaltige Entwicklung zu begreifen, so sollte aus dem Blickwinkel empirischer Erfahrung auch vor einer Überschätzung dieses Sektors gewarnt werden. Bildung kann sich unter Umständen auch hemmend auf die gesamtgesellschaftliche Entwicklung auswirken. Dies gilt zum einen, wenn Inkongruenzen zwischen dem Bildungsangebot und der Wirtschaftsentwicklung, auftreten (vgl. Hanf et al. 1975, Wolff 2005) zum anderen wenn Bildung gesellschaftliche Konflikte sogar zu verschärfen droht. Am Beispiel fragiler Staaten zeigt sich, dass Bildung in beide Richtungen – konfliktdämpfend und -verschärfend – wirken kann. Konfliktlinien können sich in Schulen widerspiegeln, aber Schulen können auch ein Hort des Friedens sein. Die Problematik der Länder mit fragiler Staatlichkeit, hohem Gewaltpotential und massiven internen Konflikten werden in dem Strategiepapier zwar genannt, allerdings ohne auf die Tragweite der damit verbundenen Herausforderungen für Bildungsmaßnahmen einzugehen. Es erscheint jedoch notwendig, zu erwähnen, dass die Mehrzahl der Schwerpunktländer der deutschen BZ unter die Kategorie der fragilen Staaten fallen und Bildungsaktivitäten dadurch einerseits auf äußerst schwierige Umfeldbedingungen stoßen (wenn z.B. keine Lehrergehälter gezahlt werden oder die Schulen zu Rekrutierungsstätten für Kindersoldaten werden), andererseits aber auch besondere krisenüberwindende Leistungen erbringen sollen.

Der Diskurs um die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit fragilen Staaten wird kontrovers geführt (vgl. BMZ 2004, Debiel 2007) und ist von dem neuen Global Monitoring Report 2011 aufgenommen worden. Einerseits geht es darum, sicherzustellen, dass entwicklungspolitische Leistungen ordnungsgemäß verwaltet werden. Andererseits kann Bildungshilfe im Sinne des Programmpapiers auch zur Überwindung von prekären Situationen beitragen. Wie empirische Studien zeigen, kann Bildung erheblich zu Good Governance und zu einer Demokratisierung beitragen (vgl. Hanf 2007). Jedoch sind Bildungsinvestitionen mehrheitlich langfristiger Natur. Wenn Schulen/Universitäten aus politischen Gründen geschlossen werden oder nicht mehr finanziert werden können, werden Kinder und Jugendliche ihrer Ausbildungschancen beraubt. Der dadurch entstehende Schaden für Individuen und Gemeinschaft wird auf lange Sicht aufgrund des Investitionscharakters von Bildung sehr viel größer als der zunächst im Vordergrund stehende politische Missstand erahnen lässt. Aus diesem Grund sind Bildungsmaßnahmen in Flüchtlingslagern zu befürworten. Die deutsche Bildungszusammenarbeit besitzt in dieser Hinsicht langjährige Erfahrungen. Eine besondere Rolle kommt dabei den NROs zu, insbesondere den Kirchen oder auch privaten Bildungsträgern (z.B. Elternschulen). Dennoch der Zielkonflikt bleibt: Bildungszusammenarbeit mit wenig verlässlichen Regierungen ist ein Risiko. Deshalb sei in besonderer Weise auf die fragilen Kontexte in den Partnerstaaten hingewiesen. Wenn es darum geht, einen gewaltsamen Konflikt einzudämmen, hat nicht unbedingt Bildung die oberste Priorität, sondern andere konflikteinhegende, humanitäre Maßnahmen. Dass dabei Bildung im Sinne von Friedensförderung auch eine große Rolle spielen kann, wird zugestanden (vgl. auch UNESCO 2011). Auf diese neuen Herausforderungen und mögliche Zielkonflikte sollte aber auch in einem Programmpapier verstärkt hingewiesen werden.

### Leuchtturmprojekte der Bildungszusammenarbeit

Konkret fassbar wird die neue Strategie in dem allgemein gehaltenen Papier, wenn von innovativen Bildungsansätzen die Rede ist und Leuchtturmprojekte benannt werden, die in Zukunft angepackt oder schon implementiert werden. Besonders genannt sei hier z.B. die „Deutsche BACKUP Initiative Bildung in Afrika“, ein Vorhaben, das politische Entscheidungsträger und zivilgesellschaftliche Akteure in Afrika befähigen soll, globale Finanzierungsmechanismen zur Bildungsförderung, wie den EFA-FTI Fund, effektiver nutzen können (z.B. die schon erwähnte panafrikanische Universität). Genannt seien auch spezielle Weiterbildungsangebote für Umweltbildung und Innovationsförderung, die neuen globalen Herausforderungen Rechnung tragen.

### Ausblick

Die vom Minister vorgelegte, äußerst ambitionierte Bildungsstrategie deutet eine Wende in der BZ der Bundesregierung an – mit welchem Akzent, bleibt offen, weil die Leistungen in allen Subsektoren angesprochen werden. Die gewählte Diktion enthält einen hohen Verpflichtungscharakter für eine erhebliche Ausweitung der Bildungsmaßnahmen. Weil der Bildung als einem „Schlüsselbereich der Entwicklungspolitik“ ein hoher Stellenwert zugeordnet wird und mehr Mittel bereit gestellt werden, wird es eine Neuverteilung geben, die von innen- und internati-

onalpolitischen Kriterien bestimmt werden wird. Internationalpolitische Verpflichtungen sind aufgrund früherer Zusagen zu erfüllen, werden aber wahrscheinlich nicht steigen. Die Ankündigung von Neuvorhaben, insbesondere die Verdoppelung der Bildungsausgaben für Afrika bis 2013 (BMZ 2011, S. 4) und die innovativen Leuchtturmprojekte (BMZ 2011, S. 7) werden erhebliche zusätzliche Mittel erfordern. Ob diese aus steigenden Ressortmitteln oder aus einer internen Umverteilung kommen, wird sich zeigen. Die mittelfristige Finanzplanung der Bundesregierung macht bislang nicht viel Hoffnung auf mehr Budgetmittel und eine signifikante Annäherung an das 0,7-Prozentziel. Folglich muss sich an internen Umverteilungen die Seriosität des bildungspolitischen Neuanfangs zeigen. Allerdings – darauf sei hingewiesen – können die Mehraufwendungen über den Einzelplan 23 hinaus aus anderen Ressorts und nichtstaatlichen Quellen mitfinanziert werden. Die Umsetzung der zehn Ziele steht und fällt mit dem politischen Willen, mit dem die Leitung des BMZ das ambitionöse Programm zu realisieren bereit ist. Immerhin schließt das Programmpapier mit der Versicherung des Ministers: „An der Erreichung unserer strategischen ‚Zehn Ziele für Bildung‘ wollen wir uns messen lassen (BMZ 2011, S. 11)“.

### Literatur:

- Adelmann, M./Hampel, R./Weiland, H. (2008):** Bilanz und Perspektiven der deutschen Bildungszusammenarbeit, Arnold Bergstraesser Institut, Freiburg.
- BMZ (2004):** Aktionsplan der deutschen Bundesregierung „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“, Bonn.
- Debiel, T. (2007):** Was tun mit fragilen Staaten? Ansatzpunkte für die Entwicklungspolitik, in: Weiss, S./Schmieder, J. (Hg.), Prekäre Staatlichkeit und internationale Ordnung, Wiesbaden, S. 340–360.
- Hanf, T. (2007):** Bildung und Konfliktbearbeitung. Ein bedeutsames Sektorvorhaben der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. In: Zeitschrift für Internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik 30/ 2: 7–9.
- Hanf, T./Ammann, K./Dias, P.V./Fremerey, M./Weiland, H. (1975):** Education, An Obstacle to Development? Some Remarks about the Political Functions of Education in Asia and Africa. In: Comparative Education Review, Febr. 1975, 68–87.
- UNESCO–BMZ (2011):** Weltbericht – Bildung für Alle, Die unbeachtete Krise: Bewaffneter Konflikt und Bildung, Bonn.
- Weiland, H. (2009):** Der Fluch der guten Absicht: Die kontraproduktiven Folgen der „Neuen Entwicklungsarchitektur“, In: Hanf, T./Weiler, H.N./Dickow, H. (Hg.), Entwicklung als Beruf, Festschrift für Peter Molt, Nomos, Baden-Baden.
- Wolff, J. H. (2005):** Education and development – some notes on the state of Art. In: Nord-Süd Aktuell, 2. Quartal 2005, S. 115–125.
- Worldbank,** Education-Country Status Reports, Washington.

### Anmerkungen:

- 1 Aus der Vielzahl der Dokumente zur deutschen BZ seien hier als wesentliche Quellen das Positionspapier 106 des BMZ Grundbildung für alle als internationales Entwicklungsziel – eine zentrale Herausforderung für die deutsche Entwicklungspolitik aus dem Jahr 2004 und die Überblicksstudie des Arnold Bergstraesser Institutes: Martin Adelmann, Rainer Hampel, Heribert Weiland, Bilanz und Perspektiven der deutschen Bildungszusammenarbeit aus 2008 genannt.
- 2 Die hier vorgelegten Zahlen beziehen sich auf das Jahr 2009, wie sie in einschlägigen Statistiken und beim BMZ zu finden sind. Für das Jahr 2010 ist eine Erhöhung der Regierungszusagen für Bildung auf 220 Mio. € erfolgt.

### Prof. Dr. Heribert Weiland

ist Direktor des Arnold Bergstraesser Instituts für kulturwissenschaftliche Forschung und Professor für Politikwissenschaft an der Universität Freiburg. Arbeitsschwerpunkte sind Entwicklungspolitik und Entwicklungstheorie mit einem besonderen Focus auf Bildungsfragen in fragilen Gesellschaften. Regionale Orientierung: Afrika und Asien.